

Feuerwehrreport

Ausgabe 13 - Januar 2013

Bundesfachgruppe *Feuerwehr*

Tarif- und Besoldungsrunde Länder 2013

Worum geht es?

Frank Bsirske hat im Interview mit der „Rheinischen Post“ am 29.12.2012 deutlich gemacht, worum es bei der anstehenden Tarifrunde geht:

„Die Forderung für die Landesbeschäftigten orientiert sich an dem, was wir bei Bund und Kommunen verlangt haben. Bei einer Nullrunde würde der Lohnunterschied zwischen den Landesbeschäftigten und den übrigen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes knapp drei Prozent betragen. Dann würde der Landesdienst unattraktiv – und das in einer Situation, in der je nach Bundesland bis zu 25 Prozent der Beschäftigten in den kommenden zehn Jahren ausscheiden werden. Zugleich wird die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft um die besten Fachkräfte härter. Ohne ein sattes Lohnplus wird die Handlungsunfähigkeit des Staatsdienstes gefährdet.“

Wie sind die Rahmenbedingungen?

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erbringen für unsere Gesellschaft notwendige, qualifizierte und hochwertige Dienstleistungen. Sie erwarten daher auch eine dem gesellschaftlichen Wert ihrer Leistungen entsprechende Bezahlung. Tatsächlich ist die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst der Länder in den letzten Jahren deutlich hinter der in der privaten Wirtschaft zurückgeblieben. Gegenüber den Einkommen beim Bund und den Kommunen besteht ein Nachholbedarf i.H.v. 2,25 % ab Januar 2013 bzw. 3,6 % ab August 2013. Gleichzeitig werden die Steuereinnahmen der Länder im Nachlauf zu der guten Konjunkturentwicklung auf ein Rekordhoch steigen. Nach seiner jüngsten Sitzung von Ende Oktober 2012 sagt der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ für die Jahre 2012 bis 2014 ein Steuerplus der Länder von insgesamt 12,2 Prozent, allein im Jahr 2012 von 5,6 Prozent voraus. Vor dem Hintergrund der unsicheren Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum sind

Lohnerhöhungen zur Stützung der Binnen-
nachfrage dringend erforderlich.

Was fordern wir?

Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hat für die Tarif- und Besoldungsrunde 2013 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder die folgenden Forderungen beschlossen:

Entgelterhöhungen:

1. Die Tabellenentgelte werden um 6,5 Prozent mit einer sozialen Komponente erhöht.
2. Die Entgelte der Auszubildenden und der Praktikantinnen/Praktikanten werden um 100,- Euro monatlich erhöht.
3. Die Laufzeit der Entgelterhöhung soll nicht länger als 12 Monate betragen.
4. Die Ergebnisse zu 1. bis 3. sollen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger/-innen der Länder und der Kommunen übertragen werden.

Feuerwehruzulage:

Die Feuerwehruzulage soll um 25,- Euro erhöht und dynamisiert werden.

Erholungsurlaub:

Die Bundestarifkommission lehnt eine Verschlechterung des Urlaubsanspruchs ab.

Wie wollen wir das erreichen?

Es wird keine Geschenke geben. Für ein akzeptables Ergebnis werden wir streiten müssen. Ohne Aktionen in den Betrieben und Verwaltungen wird sich am Verhandlungstisch nichts bewegen!

Was können Beamtinnen und Beamte in den Ländern und Kommunen von der anstehenden Verhandlung erwarten? Für Beamtinnen und Beamte ist es wichtig, dass wir mit guten Ergebnissen bei der Tarifrunde abschließen. Dazu ist es erforderlich, dass die Beamtinnen und Beamten während der Tarifrunde aktiv in Erscheinung treten.

Insbesondere die Forderung zur Erhöhung der Feuerwehruzulage lässt sich ohne die Beteiligung von Feuerwehrfrauen und -männern an den Tarifauseinandersetzungen nicht erreichen. Speziell diese Forderung, die von der Fachgruppe Feuerwehr in die Diskussion eingebracht worden ist, macht es notwendig, dass sich beamtete Feuerwehrleute in die Auseinandersetzung einzuklinken. Die Zahl der von einer Erhöhung im Tarifbereich des TV-L betroffenen Feuerwehrbeschäftigten ist eher gering, im Grunde handelt es sich überwiegend um eine Besoldungsforderung.

Es gibt für Beamtinnen und Beamte bei den Feuerwehren viele Möglichkeiten für ihre Forderungen einzutreten. Dazu zählen die Beteiligung an Kundgebungen und Demonstrationen und die Verweigerung von Streikbrechertätigkeiten im Arbeitskampf.

Bei Kundgebungen oder Demonstrationen außerhalb der Arbeitszeit bestehen für die Teilnahme (auch durch Inanspruchnahme von Gleitzeit) keine rechtlichen Bedenken.

Wir wollen bereits zum Auftakt der Tarif- und Besoldungsrunde die „Beamtenforderungen“ (s.o.) möglichst vielen Landesregierungen öffentlichkeitswirksam übergeben. Vor Ort wird also die Gelegenheit geboten sein, sich für die eigenen Belange einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Edgar Stary

Vors. ver.di Bundesfachgruppe Feuerwehr

Arno Dick

Fachgruppenleiter ver.di Bundesfachgruppe
Feuerwehr

<p>Impressum: Feuerwehrreport. Eine Publikation des ver.di-Bundesfachbereichs Gemeinden, Bundesfachgruppe Feuerwehr, v.i.S.d.P.: Arno Dick</p>
